

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

17.12.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>1,4 Milliarden bewilligt</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 17.12.2021</i> .....	3
2   <b>Frankreich muss zwei Meiler abschalten</b> <i>tagesschau.de, 16.12.2021</i> .....	4
3   <b>Warum die Franzosen so atomversessen sind</b> <i>SPIEGEL+, 16.12.2021</i> .....	5

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 17.12.2021 | S. 05-SEITE 5

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

## CORONAHILFEN

# 1,4 Milliarden bewilligt

Zur Abmilderung der Corona-Folgen für die Wirtschaft in MV haben Bund und Land nach Angaben von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) bislang Mittel im Umfang von 1,4 Milliarden Euro bewilligt. Die Hilfen seien Selbstständigen, Mittelständlern und auch größeren Unternehmen gewährt worden. „Jeder Euro ist richtig angelegt“, sagte Schwesig gestern im Landtag. Schwesig verwies zudem auf die Fortführung des erhöhten Kurzarbeitergeldes durch den Bund. Die Aufstockung auf bis zu 87 Prozent helfe insbesondere Mitarbeitern in Branchen mit geringem Lohnniveau.

Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Waldmüller begrüßte die Gewährung des erhöhten Kurzarbeitergeldes, beklagte aber einen zu hohen Begründungsaufwand für die Firmen. Kritisch äußerte er sich auch zu den

strengen Corona-Auflagen für die Gastronomie. Die Testpflicht selbst für Geimpfte und Genesene habe zu einem drastischen Besucherschwund und zu Buchungsabsagen für die Feiertage geführt. „Wer 400 Enten bestellt hat, kann 200 abschreiben“, sagte Waldmüller.

Der AfD-Abgeordnete Jens-Holger Schneider wies auf drastische Umsatzeinbrüche auch im Einzelhandel hin, der ebenfalls unter den 2G-plus-Regeln leide. Die Not vieler Unternehmen sei weniger die Folge des Virus als vielmehr überzogener staatlich verfügbarer Schutzvorschriften, so Schneider. Als Beispiel nannte er Weihnachtsmärkte. Auch die FDP beklagte teilweise überzogene Schutzvorschriften, die insbesondere dem Handel zu schaffen machten.



tagesschau.de | 16.12.2021

WEBLINK

## MÄNGEL AN ATOMKRAFTWERKEN

# Frankreich muss zwei Meiler abschalten

*An einem Atomkraftwerk im französischen Civaux wurden Mängel festgestellt. Der Betreiber EDF stoppte den Betrieb, zwei Meiler stehen still. Das hat Folgen für die Gewinnprognose dieses Jahres.*

Der französische Energiekonzern EDF musste den Betrieb eines Atomkraftwerkes in Civaux in Westfrankreich wegen festgestellter Mängel vorerst einstellen. EDF teilte mit, dass Risse aufgrund von Korrosion an den Rohren eines Reaktors festgestellt wurden. Während einer Routineüberprüfung im August wurde bereits ein Reaktor vom Netz genommen, dieser Betriebsstopp wird nun verlängert.

Da in einem weiteren Atomkraftwerk des Stromversorgers in Chooz ähnliche Reaktoren genutzt werden, nahm EDF vorsichtshalber auch dieses vom Netz. Die beiden Kraftwerke vorerst zu stoppen, werde bis Ende 2021 zu einem Verlust von etwa ein Terawattstunde Strom führen, sagte EDF.

### Aktie verliert deutlich

In der Folge musste Frankreichs größter Stromversorger auch eine Gewinnkennziffer korrigieren: Der Konzern erwartet nun ein Ebitda - das ist der Gewinn ohne Berücksichtigung von Zinsen, Steuern, Abschreibungen und sonstigen Finanzierungsaufwendungen - zwi-

schen 17,5 und 18 Milliarden Euro statt zuvor mehr als 17,7 Milliarden Euro für dieses Jahr. In der Folge rutschten die Aktien an der Pariser Börse um rund 13 Prozent ab. Die Fachleute der US-Bank JPMorgan sagte, die Auswirkungen würden sich wahrscheinlich bis ins nächste Jahr hinziehen. Der französische Energieversorger könnte 2022 etwa 2 bis 3 Milliarden Euro ausgeben müssen, um die Verluste durch den Betriebsstopp auszugleichen.

### Frankreich setzt weiter voll auf Atomstrom

Für die Stromversorgung Frankreichs sind die Atommeiler essentiell: Etwa 70 Prozent des französischen Stroms stammen aus der Kernkraft, sie spielt in Frankreich eine Schlüsselrolle bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Herstellung von klimaneutralem Wasserstoff. Kürzlich sagte die Regierung der Nuklearindustrie eine Milliarden Euro an staatlicher Unterstützung zu. Der Rückschlag kommt nun also zum ungünstigsten Zeitraum für die französische Regierung, die den Ausbau von Kernkraft innerhalb der EU als klimafreundlich durchsetzen will.

## MACRONS KERNKRAFT-OFFENSIVE

# Warum die Franzosen so atomversessen sind

*56 Atomkraftwerke sind landesweit am Netz, nun will Präsident Macron weitere bauen – zur Freude der Nuklearlobby und vieler Bürger. Dabei zeigen jüngste Pannen: Zuerst müssten die alten Meiler dringend saniert werden.*

Wenn man vom Hafen aufs Meer schaut, erkennt man am Horizont die britischen Kanalinseln. Sogar an diesem trüben Herbsttag, an dem dunkle Wolken über dem Ozean hängen. Patrick Fauchon hat den Hafen bauen lassen, damit Flamanville, sein Dorf, etwas vom Fährtourismus mit den Kanalinseln hat. Ansonsten hofft der Bürgermeister darauf, dass Segelboote und kleine Yachten anlegen. »Es lebt sich so gut hier«, sagt Fauchon.

Wenn man vom Hafen aus Richtung Norden schaut, die Küste der Normandie hinauf, sieht man Schloten in den Himmel ragen. Sie gehören zur Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Dort wird Atommüll recycelt, auch Müll aus deutschen Reaktoren. Patrick Fauchon, 68 Jahre, hat bis zur Rente als Ingenieur in La Hague gearbeitet. Blickt man nach Süden, sieht man wieder Schloten, ganz nah diesmal. Sie gehören zum Atomkraftwerk Flamanville, es steht direkt am Meer. Auf der Straße, die vom Reaktorgelände zum Hafen führt, fahren dicht an dicht die Autos der Kraftwerksmitarbeiter, 4000 Menschen arbeiten dort. Es ist Feierabendzeit.

Mag sein, sagt Fauchon, dass es idyllischere Segelreviere in Frankreich gibt. Andererseits: »Hätten wir die Reaktoren nicht, ginge es uns nicht so gut.« Von den Einnahmen, die das Kraftwerk dem 1800-Einwohner-Dorf beschert, hat Fauchon auch Wohnhäuser saniert, ein Pflegeheim gebaut und das Schloss am Ortsrand restauriert. »Das Beste ist«, sagt er, »dass uns sogar der dritte Reaktor Steuern bringt, obwohl er gar nicht in Betrieb ist.«

Flamanville 1 und 2 laufen seit Mitte der Achtzigerjahre. Flamanville 3 läuft nicht. Ursprünglich wollte der französische Staatskonzern EDF den neuartigen Druckwasserreaktor vom Typ EPR, den European Pressurised Water Reactor, 2012 ans Netz bringen. Dann begannen die Probleme: An der Reaktorhülle wurde

gepfuscht, innen im Meiler wurde an sicherheitsrelevanten Schweißnähten geschlampt. Seitdem müssen die Fehler aufwendig behoben werden. EDF plant nun den Betriebsstart in einem Jahr, wenn nichts dazwischenkommt. Die Kosten für den Reaktor, zunächst mit 3,3 Milliarden Euro angesetzt, beziffert Frankreichs Rechnungshof mittlerweile auf 19,1 Milliarden Euro.

Patrick Fauchon stört es nicht, dass Flamanville zum Synonym für dieses Fiasko geworden ist, im Gegenteil. »Die Atomkraft ist ein Glück für Frankreich«, sagt er. »Sie ist sauber, zuverlässig und produziert zu akzeptablen Kosten Strom.«

Die Mehrheit ist für Kernkraft

Atomkraft, ja bitte. Nicht nur in Flamanville tickt man so, sondern im gesamten Land. Während Deutschland bis Ende 2022 die letzten drei Meiler vom Netz nimmt und den Atomausstieg besiegelt, stimmt sich Frankreich auf eine Renaissance des Nuklearstroms ein. Eine Mehrheit der Franzosen unterstützt die Atomkraft, Tendenz steigend. In einer Umfrage von Anfang November sehen 73 Prozent der Befragten die Kernenergie außerdem als Garant nationaler Unabhängigkeit.

Emmanuel Macron kommt diese Stimmung gelegen. Im November kündigte der Staatschef an, erstmals seit Jahrzehnten den Bau von Kernreaktoren wieder aufnehmen zu wollen. Zuvor sagte er eine Milliarde Euro an Fördergeld zu, um sogenannte Small Modular Reactors (SMR) mit einer Leistung von bis zu 300 Megawatt zur Serienreife zu bringen – eine neue Generation von Mini-Atomkraftwerken.

Macron macht damit klar: Die Stilllegung des pannengeplagten AKW Fessenheim an der Grenze zu Deutschland im Sommer 2020 war keinesfalls der Beginn einer französischen Atomwende. In dieses Bild passt, dass

sein Land beim Ausbau erneuerbarer Energien viel zu langsam vorankommt, wie die Internationale Energieagentur jüngst monierte. Dabei besitzt es sehr viel von allem, was nötig wäre: Sonne, Wind, Platz. Es ist in Frankreich einfacher, ein neues Kernkraftwerk zu bauen als einen Windpark.

Nur mithilfe der Atomkraft, sagt der Präsident, werde Frankreich die EU-Vorgabe erfüllen, bis 2050 CO<sub>2</sub>-frei zu sein. In Brüssel macht seine Regierung enormen Druck, damit Strom aus Atomenergie von der EU bald als grün eingestuft wird. Das würde die Finanzierung neuer Reaktoren erleichtern – und führt prompt zum ersten Konflikt mit der frisch vereidigten Bundesregierung.

Gleich bei ihrem Antrittsbesuch in Paris vergangene Woche brachte Außenministerin Annalena Baerbock den Streit zur Sprache: »Dass wir zu der Nuklearfrage unterschiedliche Positionen haben, das ist ja bekannt«, sagte die grüne Ministerin. Baerbock drückte sich noch diplomatisch aus: Die Positionen sind nicht nur unterschiedlich, sie sind diametral entgegengesetzt.

Für Macron ist der Klimaschutz das entscheidende Argument. Der massive Rückgriff auf Elektroautos und Wasserstoff werde einen starken Anstieg des Stromverbrauchs verursachen, was wiederum nur mit Atomkraft zu schaffen sei. Bald will der Präsident den Bau von sechs neuen Druckwasserreaktoren verkünden, schreiben Pariser Medien.

### **Nicht nur Macron will neue Meiler**

In Frankreichs hitzigem Präsidentschaftswahlkampf ist das Atom-Revival ein zentrales Thema. Nicht nur Macron will neue Meiler. Vom rechten Hetzer Éric Zemmour über die Konservative Valérie Pécresse bis zu den Kommunisten versprechen die Bewerber um das höchste Staatsamt bis zu zehn neue Reaktoren. Nur die im Rennen weit abgeschlagenen Kandidaten der Grünen, der Linkspartei und der Sozialisten werben für einen behutsamen Ausstieg. Einer Umfrage zufolge unterstützen das aber nur 37 Prozent der Bürger. Wie Frankreich Energie sparen könnte, spielt im Wahlkampf kaum eine Rolle.

Das ganze Land hängt von der Atomkraft ab – und es hängt an der Atomkraft. Die 56 Reaktoren, die landesweit am Netz sind, liefern etwa 70 Prozent des Stroms. 220.000 Menschen beschäftigt die Branche um den EDF-Konzern.

»Die Atomwirtschaft ist übermächtig, sie bestimmt die Energiepolitik«, sagt die Soziologin Sezin Topçu von der Pariser Hochschule EHESS. Topçu hat erforscht,

wie die Atomkraft Teil der französischen Identität wurde. Anfängliche Widerstände habe der Staat brutal gebrochen, dann aber die politischen Versprechen eingelöst, sagt sie. So lasse sich die Geschichte der Atomkraft in Frankreich als groß angelegtes Elitenprojekt erzählen, das zum Massenerfolg wurde. »Der Bau vieler Reaktoren hat den betroffenen Regionen Jobs und Wohlstand gebracht, und dem ganzen Land subventionierten, billigen Strom«, sagt Topçu.

Doch ohne neue Reaktoren würde die Macht der Branche bröckeln. Die Nukleokraten, wie die einschlägigen Pariser Zirkel genannt werden, gründen zurzeit eine »Universität der Atom-Berufe«. Es werde alles getan, sagt Topçu, um einen »monopolistischen Diskurs« von der Überlegenheit des Atoms gegenüber anderen Energieträgern aufrechtzuerhalten. »Die Nuklearindustrie ist staatlich dominiert. Ihre Lenker gehören zur selben Elite wie die Spitzen von Politik und Verwaltung«, sagt Topçu.

Dieses System, sagen Kritiker, begünstige beim AKW-Betreiber EDF eine autoritäre Kultur und Intransparenz. Kürzlich verklagte ein Whistleblower, der seinen Namen nicht in den Medien sehen will, den Konzern wegen der angeblich systematischen Vertuschung von Zwischenfällen. Im südfranzösischen Kraftwerk Tricastin, zu dessen Betriebsleitung der Mann damals gehörte, seien im Jahr 2018 gegenüber der Atomaufsicht meldepflichtige Vorfälle verheimlicht oder verharmlost worden, darunter eine Überschwemmung, bei der Radioaktivität freigesetzt worden sei. So berichtete es der Manager der Zeitung »Le Monde«. EDF kommentiert den Fall nicht. Die Aufsicht teilt mit, sie habe keine Vertuschung feststellen können.

### **»Wir haben nicht die Null-Risiko-Kultur wie in Deutschland.«**

Was in anderen Ländern einen mittelgroßen Skandal verursacht hätte, löste in Frankreich kaum Schulterzucken aus. Sezin Topçu wundert das nicht. »Der Umgang mit Ängsten ist auch eine kulturelle Frage«, sagt sie. »Wir haben hier nicht die Null-Risiko-Kultur wie in Deutschland. In der Abwägung ist den Franzosen das nukleare Risiko lieber als das Klimarisiko.«

Auch Bürgermeister Fauchon kann keine Gefahr erkennen. Er ist auf einen Hügel gestiegen, der zwischen dem Bootshafen und dem Atomkraftwerk liegt, und deutet auf einen mächtigen Betonquader unterhalb eines Küstenfelsens. »Das ist das Krisenzentrum, das EDF nach dem Unfall von Fukushima gebaut hat«, sagt er. Für den Fall der Fälle. Die teuren Ausbesserungsarbeiten an Flamanville 3 sieht er als Beweis dafür, dass der neue Reaktor, wenn er einmal fertig wird, noch sicherer sein wird als die beiden laufenden Meiler. »Es

wäre doch komisch, sich Sorgen zu machen, weil eine Anlage höheren Standards entsprechen muss«, sagt er.

Fauchon ist seit 1983 Gemeindevorsteher, länger, als die zwei alten Reaktoren in Betrieb sind. Die Hochspannungskabel aus dem Kraftwerk führen fast direkt über sein kleines Rathaus hinweg. Dass der Ort durch das AKW auch beeinträchtigt wird, bestreitet Fauchon nicht. Er sorgte selbst dafür, dass die Schule verlegt wurde, damit die Kinder, auch seine eigenen, nicht direkt in der Strahlung der 400 Kilovolt-Kabel unterrichtet werden. Aber das ändert nichts an seinem Vertrauen in die Kernkraft. Seine Kinder sind heute beide im Atombusiness tätig.

Als Flamanville Mitte der Siebziger von der Regierung in Paris als AKW-Standort auserkoren wurde, gab es auch Spannungen. Befürworter und Gegner des Projekts lieferten sich Schlägereien im Dorf, Fauchons Amtsvorgänger erhielt mit Pistolenkugeln garnierte Drohbriefe. Doch was die Menschen vor Ort dachten, änderte nichts. »Der Staat hatte entschieden, dass Flamanville dem Land ein Opfer bringen musste«, erzählt Fauchon. Für Paris war die Sache damit erledigt.

## De Gaulles Erbe

So lief es vielerorts. Unter dem Eindruck der Ölkrise hatte die damalige konservative Regierung 1974 entschieden, flächendeckend Atomkraftwerke zu bauen. Wo es Widerstand gab, wurde er niedergeschlagen, teils unter Einsatz des Militärs. »Es wurden sehr schnell Tatsachen geschaffen«, sagt Topçu. »Die Regierung startete sechs bis acht neue AKW-Baustellen pro Jahr.«

Ihre Argumente waren ähnlich wie die von Macron heute: Frankreich würde unabhängiger von ausländischen Energielieferungen und hätte eine zuverlässige Stromversorgung mit günstigen Preisen. Mit Klimaschutz wurde damals weniger geworben, dafür mit der Emanzipation der Frau. »Dank des billigen Stroms im Überfluss konnte man viele moderne Haushaltsgeräte anschaffen, also die Frauen entlasten. So ging die Erzählung«, sagt Topçu.

Entscheidend dafür, dass Atomkraft zur Staatsräson wurde, war jedoch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Kurz nach dem Krieg sah Staatslenker Charles de Gaulle die Atomkraft als Mittel, Frankreich zu neuer Größe zu führen. Ein Land mit Bombe war eine Weltmacht; also verschaffte sich Frankreich die Bombe. Die spätere Nutzung des Atoms als Stromquelle war nur ein Nebeneffekt der militärischen Nutzung. War die Kernkraft in Deutschland von Anfang an nur eine von mehreren Formen der Stromerzeugung, so definierte

sie in Frankreich das Selbstbild als Nation. »Wenn Macron jetzt neue Meiler plant, löst das bei den Leuten positive Assoziationen aus«, sagt Topçu. »De Gaulles Erbe soll ihm selbst Größe verleihen.«

Seit Jahren spricht der Präsident von einer »transition énergétique«, von einem energiepolitischen Übergang. Offiziell gibt der Staatschef zwar das Ziel aus, den Anteil von Kernkraft an der Stromversorgung von 70 Prozent auf 50 Prozent im Jahr 2035 zu senken. Allerdings war ursprünglich vorgesehen, das schon 2025 zu schaffen.

Womöglich löst sich das Problem mit dem 50-Prozent-Ziel auch von allein. Das legen zumindest jüngste Prognosen des Netzbetreibers RTE nahe, einer Tochter von EDF, auf die sich Macrons Regierung nun stützt. RTE geht mit Blick auf die EU-Klimaziele bis 2050 von einer derart starken Steigerung des Stromverbrauchs aus, dass Platz für beides sei: Erneuerbare und Atomstrom. Um den Stromhunger zu stillen, würden sogar 14 neue Druckwasserreaktoren und mehrere kleine Modularreaktoren gebraucht. Zudem sei es nötig, »die Gesamtheit der heute existierenden Reaktoren auf 60 Jahre Laufzeit zu verlängern«, so der Bericht.

## Defekte an Leitungen

Kritiker wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace verweisen dagegen darauf, dass Wind- und Sonnenstrom günstiger sind als Atomstrom. Auch der französische Rechnungshof warnt nach dem Fiasco von Flamanville vor »Unwägbarkeiten« bei der Einhaltung von Fristen und Kosten. EDF-Chef Jean-Bernard Lévy macht allerdings keinen Hehl daraus, dass sein Konzern wegen hoher Verschuldung überhaupt nicht in der Lage sei, neue Reaktoren zu finanzieren. Der Staat müsste sie direkt bezahlen.

Kurzfristig bleibt Frankreich angesichts der Geldprobleme nur eine Option – es ist die einfachste und billigste: die Verlängerung der Laufzeiten bestehender Reaktoren. Manche davon, selbst die jüngeren, sind akut störanfällig. Erst diese Woche musste EDF den Betrieb von zwei Kraftwerken unterbrechen, weil Risse an Leitungen entdeckt wurden, die bei einem Unfall für Kühlung sorgen sollen. Frankreichs Institut für Nuklearsicherheit IRSN warnte heute (Donnerstag), dass nun weitere Reaktoren auf den Defekt hin überprüft werden könnten. Womöglich müssen bald zusätzliche Meiler vom Netz. Die Aufsichtsbehörde aber hat die Laufzeitverlängerungen im Grundsatz längst genehmigt. Im Durchschnitt sind die französischen Meiler seit 36 Jahren am Netz. Technisch wurden sie für 40 Jahre ausgelegt. Aber rechtlich gesehen gibt es keine maximale Betriebsdauer.

Alternativen wurden nicht vorbereitet: Der Anteil von Windkraft und Sonnenenergie am Strommix beträgt heute zusammen nur etwas mehr als zehn Prozent. Vorwärts geht es im Schneckentempo, auch weil der Widerstand gegen die neuen Energiequellen heftig ist. So heftig, dass Macrons Regierung nun einen »Windkraft-Mediator« beruft, der die Blockaden lösen soll. Von sieben Offshore-Anlagen, die vor zehn Jahren vom Staat im Ärmelkanal und im Atlantik beauftragt wurden, ist bisher keine einzige in Betrieb.

Alain Coudray zählt zu den Anführern der Rebellion. Der Chef des Fischereiverbands in der nördlichen Bretagne ist ein Klischee von einem Seemann. Glatze, Tattoos, viel Körpermasse. Auf seinem Sweatshirt steht auf Englisch: »No more rules«.

Coudray, 67 Jahre alt, empfängt nicht auf einem Kutter, sondern in seinem Büro. Sein Telefon röhrt fast ununterbrochen, als Klingelton hat er den Sound eines Harley-Motors eingestellt. Seine Leute rufen ihn permanent an, mal wegen des Fischereistreits mit Großbritannien, mal wegen des verhassten Windparks in der Bucht von Saint-Brieuc. »Der Brexit und der Windpark«, sagt Coudray, »das ist zweimal richtig große Scheiße.« Wobei der Windpark aus seiner Sicht die größere Scheiße ist.

Er kann ärgerlich werden, wenn er über die Windfarm redet. »Die Jakobsmuschel ist mein ganzes Leben«, sagt er. »Und ich habe nicht die Absicht, mich und meine Leute von einem ausländischen Konzern vertreiben zu lassen!« Gemeint ist der spanische Versorger Iberdrola, der in der Bucht einen Windpark errichten will, mitten in einem der besten Fanggebiete für Jakobsmuscheln, Hummer und Seezunge. Die Anlage soll Strom für mehr als 800.000 Menschen liefern, bis-

her sind allerdings nur die Fundamente für drei von 62 Turbinen fertiggestellt. Coudray erfüllt das mit Hoffnung.

Warum schalte man in Fessenheim nahe der deutschen Grenze ein AKW ab und zwingt den Fischern in der Bretagne einen Windpark auf, schimpft er. »Wir haben dieses Jahr 30 Prozent weniger Fisch gefangen.« Sollte der Windpark in Betrieb gehen, werde der Lärm der Rotoren alles noch schlimmer machen. Das Abflussrohr von La Hague, das auf der anderen Seite der Bucht die Abwässer der Wiederaufarbeitungsanlage seit Jahrzehnten ins Meer spült, hält er dagegen für unbedenklich. »Mir ist noch nie ein Hummer mit sechs Zangen untergekommen«, sagt er und lacht.

Die Fischer sind nicht allein. Landwirte, Landschaftschützer und sogar Umweltaktivisten machen mobil gegen den Windpark. Sie klagen durch alle Instanzen, und im Mai umzingelten Coudrays Fischerkollegen mit ihren Booten ein Serviceschiff von Iberdrola und schossen mit Leuchtraketen, um die Arbeiten zu sabotieren. Coudrays größte Hoffnung, den Windpark zu stoppen, ist, dass sich der Streit bis zur Präsidentschaftswahl im April weiter zuspitzt. »Wir werden im Wahlkampf den Druck verstärken, damit Iberdrola aufgibt«, sagt er.

Er setzt vor allem auf die konservativen Republikaner. Deren Kandidatin Valérie Pécresse, aussichtsreiche Herausforderin von Emmanuel Macron, hat ihn im Sommer besucht und Hilfe zugesagt. Der Atomindustrie wiederum hat Pécresse bereits sechs neue Druckwasserreaktoren versprochen. Die Fischer, die Nukleokraten und die Kraftwerksbetreiber haben beste Verbündete in Paris, egal wie die Wahlen ausgehen.